

Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage. Er macht deutlich, dass sich aus der neuen Satzung über die Abfallentsorgung keine Änderungen für die Bürger ergeben.

Frau Nahrgang bittet um Auskunft, ob es, analog zu anderen Kommunen, möglich ist, eine Grünabfall-Sammelstätte in Form eines Containers einzurichten.

Herr Enneper weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bereits die Möglichkeit besteht, Grünabfall beim städtischen Betriebshof zu entsorgen.

Herr Dr. Michalides fragt an, warum die vorgesehene Einführung der Wertstofftonne noch nicht in die Satzung eingearbeitet wurde.

Herr Nipken erklärt, dass bisher noch keine entsprechende landesrechtliche Regelung vorliegt.

Herr Schröder zeigt sein Unverständnis darüber, dass Firmen dem Anschluss- und Benutzungszwang unterworfen sind.

Der Bürgermeister verdeutlicht, dass ein Wegfall dieses Anschluss- und Benutzungszwanges für die Firmen eine höhere Gebühr für die Privathaushalte nach sich ziehen würde.

Herr Schäfer stimmt den Ausführungen vom Bürgermeister zu.